Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4208**

16. Wahlperiode 31. 01. 2007

Antrag

der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Horst Friedrich (Bayreuth), Patrick Döring, Jan Mücke, Dirk Niebel, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Einführung einer elektronisch lesbaren Chipkarte für den Baubereich – Wirksames Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Schwarzarbeit schädigt den Staat, seine sozialen Sicherungssysteme und die Baubetriebe, die sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Ursache der Schwarzarbeit sind die hohen Kosten der legalen Arbeit, die sich aus den Steuern, Sozialabgaben und tariflich vereinbarten Zuwendungen ergeben und mehr als doppelt, vielfach sogar drei- bis viermal so hoch liegen wie der Schwarzarbeiterlohn. Da die Senkung der Lohnnebenkosten und Lohnzusatzkosten auf absehbare Zeit nicht in dem Umfang möglich sein wird, dass für Schwarzarbeit kein Anreiz mehr besteht, muss Schwarzarbeit repressiv bekämpft werden. Dies ist allein mit den bereits bestehenden gesetzlichen Maßnahmen wie dem Schwarzarbeitbekämpfungsgesetz sowie den Vorschriften über den Sozialversicherungsausweis bislang nicht in ausreichendem Maße gelungen. Obwohl sich die Beschäftigungszahlen in der Bauwirtschaft 2006 nicht weiter auf Talfahrt befinden, weist z. B. die ostdeutsche Baubranche bei den gewerblich Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreswert ein Minus von 5,3 Prozent aus. Seit 2002 hat die ostdeutsche Bauwirtschaft sogar einen Beschäftigungsverlust von fast 27 Prozent erlitten. Dafür ist in nicht unerheblichem Maße die Schwarzarbeit verantwortlich. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und SPD deshalb vereinbart, das Pilotprojekt „Chipkarte“ für die Bauwirtschaft in der Region Berlin-Brandenburg zu starten und die Chipkarte ggf. bundesweit einzuführen. Diesbezüglich ist bislang nichts geschehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen den datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechenden elektronisch lesbaren Versicherungsausweis (Chipkarte für den Baubereich) bundesweit einzuführen.
2. Hilfsweise soll die Bundesregierung zunächst einen Modellversuch in der Region Berlin-Brandenburg durchführen.

Berlin, den 24. Januar 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333